

Laibacher Zeitung.

Nr. 46.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. R. 11, halbj. R. 5-50. Für die Austellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. R. 15, halbj. R. 7-50.

Samstag, 26. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen der Zeile 3 kr.

1881.

Mit 1. März

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung“.

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende März:

Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Im Comptoir abgeholt	— " 92 "
Für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni:	
Mit Post unter Schleifen	5 fl. — kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	4 " — "
Im Comptoir abgeholt	3 " 68 "

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Februar d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, dass dem mit dem Titel und Charakter eines Oberlandesgerichtsrathes ausgezeichneten Rathe des Wiener Landesgerichtes Wilhelm Habert aus Anlass seiner erbetenen Versetzung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung ausgesprochen werde.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Februar d. J. den Domherrn am Kathedralcapitel in Ragusa Giovanni Lupi zum Domdechant und den Pfarrdechant von Sabioncello Matteo Stul zum Ehren-domherrn an dem genannten Kathedralcapitel allergnädigst zu ernennen geruht.

Conrad-Epbesfeld m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben zum Baue des Thurmes der Domkirche in Leitmeritz 2000 fl. zu spenden geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der „Avvisatore Dalmato“ meldet, der Kirchenverwaltung von Arbe zur Restaurierung des Kirchenturmes 200 fl., dem Convente der ehrwürdigen Franciscaner zu Lissa 200 fl. und dem Convente der ehrwürdigen Dominicaner in Traù 100 fl. für Restaurierungsarbeiten zu spenden geruht.

Feuilleton.

Wiener Skizzen.

Wien, 24. Februar.

Es ist dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen und dass auch der längste Fasching einmal zu Ende geht. Die letzte Faschingswoche! Als ob seit dem hl. Dreikönigstage nicht Zeit genug gewesen wäre, drängen sich nun die großen Ballfeste, die öffentlichen Elitebälle und die glänzenden Privatbälle, und was Wien im Tanze zu leisten imstande ist, lehren diese sinnbethörenden Nächte voll Geigenklang und Glanz. Wenn es eine Sprache der Reize gibt, wie die Choreographen und Bewunderer des Balletts behaupten, so ist „ganz Wien“ jetzt von einer bewundernswürdigen Veredelsamkeit und jeder Ball ein Parlament, in welchem die schönsten Reden gehalten werden. Am Sonntag fand im Sofiensaal eine große Eisenbahnball statt. Es ist das von jeher einer der elegantesten und besuchtesten Bälle des Faschings, und auch heuer war dies der Fall. Der Saal war so dicht besetzt, dass der Tanz sich nur mit Mühe einen kleinen Raum erringen konnte, auf dem entfaltete er sich dann in seiner vollen Verbe. Baron Pino, der neue Handelsminister, machte als Protector die Honneurs.

Einen außerordentlichen Eliteball bildete der am Montag in den Musikvereinsälen zum Besten des Fonds für ein Militär-Kurhaus in Marienbad abgehaltene „Marienbader Ball“. An der Spitze des Comités stand der Ober-Ceremonienmeister Graf Hunyady, das Protectorat hatte Fürst Schwarzenberg,

Vom Reichsrathe.

115. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 24. Februar.

Se. Excellenz der Herr Präsident Graf Coromini eröffnet um 11 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Se. Exc. der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freih. v. Biemalkowski, Graf Falkenhayn, Dr. Prajak, Freiherr von Conrad-Epbesfeld, Dr. Ritter v. Dunajewski und Freiherr v. Pino.

Der im böhmischen Stadt-Wahlbezirke Schlan neugewählte Abg. Prof. Krejci ist im Hause erschienen und leistete die Angelobung.

Abg. Dr. Herbst legt sein Mandat als Mitglied des Justizauschusses nieder.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Ritter v. Dunajewski hat mittelst Zusage einen Gesetzentwurf, betreffend die Begünstigung der aus Anlass der Feier des Allerhöchsten fünfzigsten Geburtsfestes, dann der aus Anlass der bevorstehenden Vermählung Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzogs Rudolf errichteten oder noch zu errichtenden, sowie mehrerer in Galizien gelegentlich der Allerhöchsten Kaiserreise errichteten Stiftungen hinsichtlich der Stempel- und Gebührenpflicht zur verfassungsmässigen Behandlung übermittle.

Auf eine Anfrage des Abg. Bärnsfeld erklärt Abg. Fürst Lobkowitz als Obmann des Steuer-ausschusses, dass alle mit dem Gesetze über die Grundsteuer-Hauptsumme im Zusammenhange stehenden Petitionen in kürzester Frist im Steuerauschnisse zur eingehendsten Berathung gelangen werden.

Unter den eingelaufenen Petitionen befindet sich auch die Petition der Stadt Laibach um Abwendung der Zollerhöhungen auf Petroleum und die Petition des Dr. Emil Holub um einen Beitrag zu den Kosten seiner beabsichtigten Afrika-Expedition.

Die Regierungsvorlage, betreffend die Betriebsübernahme und eventuelle Einföhrung der Kaiserin-Elisabeth-Bahn durch den Staat, wird dem Eisenbahn-ausschnisse zugewiesen.

Das Haus schreitet hierauf zur Fortsetzung der Generaldebatte über die Anträge, betreffend die Schulpflicht.

Abg. Dr. Karl Hoffer führt aus, dass die niederösterreichische Landeslehrerconferenz sich einstimmig dahin

ausgesprochen habe, dass bei Auflassung des Alltagschulbesuches im siebenten und achten Schuljahre das Lehrziel nicht erreicht werden könne, und schliesst, indem er wiederholt auf die unbedingte Nothwendigkeit der Aufrechthaltung der achtjährigen Schulpflicht hinweist. (Beifall links.)

Se. Excellenz Minister für Cultus und Unterricht Freiherr v. Conrad-Epbesfeld:

Bei der großen Anzahl von Rednern, die noch zum Worte vorgemerkt sind, wäre es mir zwar von Interesse, die Gründe, welche für und wider die vorliegenden Anträge angeführt werden, kennen zu lernen und mich mit ihnen eingehend zu beschäftigen. Vielleicht kann ich aber zur Abklärung der Debatte etwas beitragen, indem ich jetzt schon das Wort ergreife, und ich weiss auch nicht, ob mein Gedächtniss stark genug wäre, um so zahlreiche Momente aufzufassen und sie dann wiederzugeben, oder, wenn ich etwas zu bemerken habe, es Ihnen vorzutragen, und deswegen ergreife ich schon heute das Wort, um die Stellung der Regierung zu dem vorliegenden Gegenstande zu kennzeichnen, und zwar nur zu diesem Zwecke.

Ich könnte mich vielleicht dieser Aufgabe überhoben finden, weil schon mehrere der Herren Redner und insbesondere der Herr Vertreter des Minoritätsantrages Bericht erstattet hat über die Vorgänge im Schulausschnisse im vorigen Jahre, also auch über die Aeusserungen, welche im Namen der Regierung über diesen Gegenstand von mir abgegeben wurden. Allein es hat dieser Herr Berichterstatter auch gesagt, dass die Aeusserungen, welche die Regierung über diesen Gegenstand abgegeben, die Stellung, die sie zu demselben eingenommen hat, einen Widerspruch, eine Inconsequenz in sich enthielten. Dass ein solcher Widerspruch nicht besteht, diesen Beweis bin ich Ihnen schuldig, und deswegen ergreife ich das Wort, um darzutun, dass zwischen den Aeusserungen, mit welchen die Regierung in den ersten Sitzungen die Aufrechthaltung der achtjährigen Schulpflicht als nothwendiges Princip der Schulgesetzgebung erklärt hat, und zwischen denjenigen, womit sie sich dem vorliegenden Majoritätsantrage gegenüber nicht ablehnend verhalten hat, kein Widerspruch besteht, dass im Gegentheile die eine dieser Aeusserungen aus der anderen nothwendig folge, und dass die Regierung überhaupt diesen Gegenstand als einen solchen ansieht, welcher auf Grundlage unserer Gesetzgebung weder als ein politischer noch als ein staatsrechtlicher, sondern als ein solcher zu behandeln ist, in dem die Interessen

denen Kunst und Journalismus zu einander stehen. Auf dem „Concordia“-Balle erscheinen Minister und Staatsfunctionäre mit der freundlichsten Miene von der Welt, als ob sie nie von den Journalen angegriffen worden wären, und werden von den Journalisten in einer Weise begrüsst, als ob sie die besten Freunde von der Welt wären. Parlamentarier, welche gerade nicht Ursache haben, von den Journalen erbaut zu sein, promenieren und parlieren mit den Berichterstattern des Reichsrathes so heiter und ungezwungen, als ob sie diesen zu innigstem Danke verpflichtet wären, und politische Gegner, die sich im Parlamente auf Tod und Leben bekämpfen, machen gleichzeitig einer schönen Dame den Hof, als ob das Rivalisiren auf dem Gebiete der Frauenliebe weniger gefährlich wäre. Die Diplomatie pflegt den „Concordia“-Ball immer möglichst vollzählig zu besuchen, und auch heuer waren alle Botschaften und Missionen zahlreich vertreten. Am meisten fielen die Mitglieder der südlichen und orientalischen Gesandtschaften auf; der türkische Botschafter mit seinem ganzen Personale, von dem sich einige auch am Tanze betheiligten, der serbische, der rumänische, der griechische, der persische Geschäftsträger und vor allem die drei Japanesen. Unser Minister des Auswärtigen, Baron Haymerle, war immer der Mittelpunkt eines Kreises von diplomatischen Persönlichkeiten, mit denen er sich auf das freundlichste unterhielt, als wollte er ad oculos demonstrieren, dass Oesterreich zu allen Nachbarstaaten in den freundlichsten Beziehungen stehe.

Gestern Mittwoch fand die dritte und letzte Opernredoute statt; sie war stärker besucht, als ihre beiden Vorgängerinnen, aber nur von beschränkten Herren, welche einige Stunden auf weibliche Dominos

der Schule zusammentreffen mit wirtschaftlichen, ökonomischen Fragen, und wo daher ermittelt werden muß, in welcher Weise man, ohne die Schule zu schädigen, gleichzeitig gewissen wirtschaftlichen Interessen gerecht werden kann.

Ich habe aber auch noch aus einem anderen Grunde in dieser Richtung die Äußerungen der Regierung im Schulausschusse zu vertreten. Denn wenn ein Widerspruch zwischen ihnen bestünde, wie der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat, so würde dieser Widerspruch auch zwischen dem Gesetze und zwischen der Action, welche die Regierung bisher in dieser Frage eingehalten hat, bestehen, währenddem ich die Verfügungen, welche die Unterrichtsverwaltung getroffen hat, um Erleichterungen bezüglich der achtjährigen Schulpflicht zu gewähren, durchaus nicht als gesetzwidrig anerkennen kann und mich daher verwahre gegen den Ausdruck, der in diesem Sinne in dem Motivenberichte zu dem Minoritätsantrage vorkommt. Ich kann den Vorgang nicht als gesetzwidrig anerkennen, weil die Gesetzmäßigkeit desselben in der Aufgabe der Unterrichtsverwaltung zum Vollzuge und zur Durchführung des Volksschulgesetzes selbst gelegen ist. Das Volksschulwesen selbst ist keine Institution, die in einer neuen Gestalt von einem Momente zum anderen in Action treten kann, und ein Schulgesetz kann nicht wie ein Zolltarif oder Handelsvertrag oder ein Gesetz über Straf- oder Civilrecht, das von einem bestimmten Tage der Kundmachung an in volle Wirksamkeit tritt, betrachtet werden; es betrifft und umfaßt vielmehr eine Institution, die sich selbst und aus sich heraus die Bedingung ihrer Existenz schaffen muß, in Lehrmitteln, Lehrkräften und in der zu bildenden Jugend selbst.

Es ist daher nicht die Möglichkeit gegeben, einen Durchführungs- oder Vollzugstermin für ein Volksschulgesetz festzusetzen wie für andere legislatorische Gegenstände. Die Bildung und das Wissen überhaupt erweitert seinen Bereich in die Tiefe und in die Breite sehr langsam und in langsamem, gemessenem Schritte. Das zeigt jeder Blick in die Blätter der Geschichte; jeder Blick in die Weltkunde, Ethnographie und Geographie liefert dafür genug Beweise. Und blicken wir in die eigene Geschichte, in die eigene Schulgesetzgebung. Seit den Zeiten des Jahres 1774, wo kaum 24 pCt. der zu erziehenden Kinder öffentliche Schulen besuchten, und dem ersten Schulpflichtgesetze vom Jahre 1781 sind langsam Schritte bis zur Schulverfassung von 1805 und bis zur Schulgesetzgebung des Jahres 1868 gemacht worden. Nun mit einemmale die Gesetze vom Jahre 1868 ins Leben rufen, mit einer Vollzugsoperation, die über Hindernisse jeder Art hinweggeht, wenn nur der Gesetzesartikel Recht behält, das hieße dem Schulgesetze selbst den größten Schaden zufügen, und ich glaube, daß kaum ein Mitglied in dieser hohen Versammlung, gewiß aber kein Vertreter von Landbezirken zugeben würde, daß, wenn diese Erleichterungen im Verordnungswege nicht verfügt worden wären, wenn weder der § 13 der Unterrichtsordnung noch die Verordnung vom Jahre 1879 erlassen wären, wir heute vor einem solchen Drängen und einer solchen Menge von gerechten Beschwerden stehen würden, daß ich dann wirklich zweifeln müßte, ob diesem Anstrome das Princip der achtjährigen Schulpflicht Widerstand leisten könnte. Ich wollte damit nur beweisen, daß ich die Action, welche die Regierung bisher

festgehalten hat, als eine gesetzliche, eine begründete erkennen muß.

Erlauben Sie mir nun aber, bevor ich zum Beweise dessen übergehe, dessen ich anfangs erwähnte, daß ich noch etwas vorausschicke und einige Worte an eine Erklärung anknüpfe, die ich vorigen Jahres im Schulausschusse ausgesprochen habe. Es wurde vom Herrn Berichterstatter der Minorität erwähnt, daß ich einen Appell an beide Seiten des Ausschusses, an die Mitglieder jeder Partei gerichtet habe, sie mögen eine Combination finden, um dem wirklich von allen Seiten anerkannten Bedürfnisse nach einer Erleichterung im Schulbesuche gerecht zu werden, und dabei absehen von jeder politischen Gestaltung und Färbung der Frage.

Nun dieser mein Appell ist fruchtlos geblieben; es hat damals ein ausgezeichnetes Mitglied dieser (linken) Seite des hohen Hauses gemeint, es werde sich eine hohe Temperatur im Hause entwickeln, wenn die Verhandlung auf die Tagesordnung kommt. Das hat allerdings auch stattgefunden; ich muß aber in Zweifel ziehen, ob für legislatorische Arbeiten — und um eine solche handelt es sich hier — überhaupt eine solche Temperatur die richtige ist, ich möchte vielmehr glauben, daß die Producte derselben auch den Stempel, das Signalement erhöhter Wärme an sich tragen; sie sind Treibhauspflanzen, die, wenn sie hinauskommen in den harten Boden, in die kalte Luft der realen Verhältnisse, verwelken und verdorren, niemand zur Wohlfahrt, niemand zur Freude. Ich bitte aber darin nicht die Bestätigung eines gewissen Vorwurfs zu finden, der mir von dieser (linken) Seite dieses hohen Hauses im vorigen Jahre bei einer ähnlichen Gelegenheit gemacht wurde, als stünde ich dem Schulwesen, dem Schulgesetze überhaupt frostig und kühl gegenüber, als hätte ich an demselben immer nur zu bessern, zu mädeln und zu tabeln und wollte ihren hohen Wert und ihre große Bedeutung nicht gelten lassen.

Es ist beinahe unmöglich, daß mir diese Theilnahmslosigkeit zugeschrieben wird, der ich nicht bloß in der hohen Atmosphäre der Gesetzgebung das Schulwesen kennen gelernt habe, sondern im Verkehre mit dem Volke von den untersten Behörden an, welche sich mit demselben zu beschäftigen haben, bis zur obersten Verwaltung in den verschiedenen Kronländern und namentlich in den letzten Jahren in einem Kronlande, wo sich das Schulwesen in so eminenter Blüte entwickelt hat, ohne mir im geringsten ein Verdienst an diesem Erfolge zuschreiben zu wollen — doch wenigstens ein theilnehmender Zeuge dieser Entwicklung war.

Im Gegentheile, ich bitte zu glauben, daß ich mit lebhaftem Antheile, mit tiefer Bewegung gerade dieser Debatte im hohen Hause folge, mit einer tiefen Bewegung, die aber nicht dem Gegenstande selbst gilt, dem Gegenstande, der meiner vollen Ueberzeugung nach nur sachlich und objectiv behandelt und geordnet werden kann, sondern dem Charakter der Debatte, die die Sache in ein Niveau hinaufgestellt hat, das ihr von Natur aus ganz fremd ist, in ein politisches, staatsrechtliches Niveau, und dabei Äußerungen und Erklärungen zutage gefördert hat, die auf eine Umwandlung des Systems und auf eine Erschütterung der Fundamente des Schulwesens hinweisen. Ich bitte Sie, meine Herren, was muß es für einen Eindruck in allen Schulkreisen der Monarchie machen, die ja

den Verhandlungen selbst fern stehen und nicht das discrimen rerum haben dafür, was auf Rechnung der Parteistellung zu setzen ist und was zur Sache gehört, wenn sie sich der Äußerung gegenübersehen, als sei eine imminente Gefahr für die Schule vorhanden, es bestehe eine Unterminierung des ganzen Gebäudes des jetzigen Schulwesens und werde nur auf den Augenblick gewartet, um dieses ganze schöne Gebäude in Trümmer fallen zu sehen, um dasjenige als einen mißglückten Versuch aufzugeben, woran durch zehn Jahre gearbeitet wurde. Mit welcher Freudigkeit des Herzens sollen tausende und tausende Lehrer, und viele Schulbehörden ihrer Aufgabe gerecht werden, ihrer Aufgabe, die nicht eine solche ist, die man als ein täglich zu lösendes Thema hinnehmen kann, sondern der man sich mit ganzer Empfindung, mit ganzem Zielbewußtsein, mit ganzer Seele hingeben muß, um sie wirklich zu erfüllen, mit welcher Herzensfreudigkeit sollen sie dieser Aufgabe gerecht werden, wenn sie vor der Möglichkeit, ja vor der imminnten Gefahr zu stehen glauben, daß in dem ganzen Systeme ihrer Aufgabe plötzlich eine principielle Aenderung gemacht werde, daß vielleicht über Nacht ein Zustand geschaffen wird, der die Volksschule aus der hohen Stellung, die ihr der Cultur, der Zeit und dem Interesse des Staates gemäß gebührt, herabgedrückt wird auf das Niveau eines nothwendigen Uebels, das erhalten werden muß, aber an dem man sparen muß soviel als möglich und das sich beengen lassen muß von jeder Rücksicht, die neben oder über ihnen aufsteht.

Ich gestehe, daß ich mich wundern würde, wenn dieser Eindruck auf den Fortgang und die Entwicklung der Schule, die ja nur stetig und ruhig sein soll, damit das Schulwesen alles in sich aufnimmt, was daran wirklich zu bessern ist, von den übelsten Folgen begleitet wäre und einen Rückschritt statt der Fortschritte, welche die Schule noch zu machen hätte, bewirkt. Der Regierung bleibt dem gegenüber nichts übrig, nachdem sie der Ueberzeugung ist, daß die Schulverhältnisse beständig und diese Beständigkeit auch eine Nothwendigkeit sei, daß aber auch jede administrative Rücksicht ihre Beachtung verdient, andererseits die Entwicklung auf gegebenen Grundstufen eben nur stetig und ruhig sein kann, daß sie ihrerseits in ihren Regionen so laut und so weit als möglich hinausrufen: die Schule ist nicht in Gefahr, niemand droht ihre gesetzliche Grundlage, die gesichert ist, und wer es unternimmt, den ruhigen und stetigen Fortgang ihrer Entwicklung zu hemmen, findet in erster Linie unter seinen Gegnern die Regierung. (Sehr gut! rechts.)

(Schluß folgt.)

Zur Lage.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ tritt in Angelegenheit der angeblich mit dem Studium der Nordbahnfrage beauftragten ministeriellen Commission — allerdings in etwas verschämter Form — den Rückzug an. Es will nämlich glauben machen, es habe nur von einer „gleichsam zufällig“ entstandenen Commission und von einem „quasi schiedsrichterlichen Vorschlage“ gesprochen. Diese Art von Rechtfertigung — sagt die „Wiener Abendpost“ — enthebt uns wohl der Mühe, nochmals eingehend auf die berührte Angelegenheit zurückzukommen.

warteten und als diese nicht erschienen, mißmuthig nach Hause giengen. Von der Aristokratie und der Diplomatie erschien niemand, die befanden sich auf dem glänzenden Ballfeste des deutschen Botschafters Prinzen von Reuß, dem auch Sr. Majestät der Kaiser und die Erzherzoge anwohnten. Wenn ich die Wahl gehabt hätte, wäre ich auch lieber in das deutsche Botschaftshotel, als in das Opernhaus gegangen. Das Ballfest beim Prinzen von Reuß war zugleich Vorfeier der Vermählung des Prinzen Wilhelm von Preußen mit der Prinzessin Friederike von Holstein.

Und nun lassen wir die Ballsäle und sehen einmal nach, was in der letzten Zeit es Neues in den Concertsälen und in den Sälen für bildende Kunst gegeben hat. Zur selben Zeit, als man Lessing, den Dichter und Schriftsteller, mit Festreden, Commersien, Gefängen und „Theaterreden“ feierte, brachte die Künstlergenossenschaft auch Lessing, dem Historien- und Landschaftsmaler, eine Huldigung dar, indem sie eine Ausstellung seines künstlerischen Nachlasses und einer Anzahl von Landschaften veranstaltete. Karl Friedrich Lessing ist einer der bedeutendsten Künstler der Neuzeit, der vielleicht noch bedeutender geworden wäre, wenn ihm von der Romantik und dem Nazarenenthum der Düsseldorfer Schule unter Schadow nicht manches angelassen wäre. Als Historienmaler hat sich Lessing besonders durch seine Fuß- und Luther-Bilder einen Namen gemacht, sein „Fuß vor dem Scheiterhaufen“, sein „Luther, die Banabulle verbrennend“, sind weltbekannt. Größer aber ist Lessing als Landschaftsmaler, denn als solcher ist er Realist im edelsten Sinne des Wortes, der malt nicht nur die Natur nach der Wirklichkeit, er trägt auch seine tiefpoetische Empfindung hinein; er malt nicht nur die Landschaft, sondern auch zugleich die Geschichte

der Menschen, die diese Landschaft beleben. Sein erstes Bild, mit dem er Aufsehen machte und auch den Widerwillen seines Vaters gegen die Malerei besiegte, war ein „Klosterhof im Winter“, sein bekanntestes der „Klosterbrand“, sein von Kennern am meisten geschätztes ein „schlesische Landschaft“. Das Merkwürdige bei Lessing ist, daß er nie in Italien und Norwegen war, daß er nur einmal flüchtig in der Schweiz weilte, daß er nur Gegenden Mitteldeutschlands malte; die Eifel, das Haag, die fränkische Schweiz, das Siebengebirge und seine schlesische Heimat waren das Terrain, auf dem er sich künstlerisch bewegte. In der gegenwärtigen Ausstellung sind nur wenige Landschaften, darunter aber einige, welche die ganze Eigentümlichkeit Lessings offenbaren, wie beispielsweise sein großes Delbild aus der Düsseldorfer Gallerie: „Verteidigung eines Friedhofs im dreißigjährigen Kriege.“ Eine sturmverfüllte Natur, eine Welt, die nur vom Kampfe lebt. Auch des Künstlers liebstes unvollendetes Bild ist mit ausgestellt, ein braun untertuschtes Delgemälde; Kapelle und Bäume mit Blick auf eine hügelige Gegend. Außerordentlich interessant sind die Zeichnungen, Studien, Entwürfe und Farbenskizzen aus des Künstlers Nachlasse, darunter die Entwürfe und Skizzen zu einigen seiner berühmten Historienbilder, aus denen man ersehen kann, wie ernst es Lessing mit seiner Kunst nahm, wie oft er seine Entwürfe änderte, wie sorgfältig er in seinem Schaffen zuwerke gieng. Viele seiner Studien sind Kunstwerke an und für sich.

Im Börsendorfer Salon fanden leztlich zwei eigenthümliche Concerte statt, die beide der berühmte Schüler Liszts, Hanns v. Bülow, gab. In dem einen spielte dieser eminente Clavierkünstler die fünf letzten großen

Sonaten von L. van Beethoven, welche ehemals für nicht spielbar, für unverständlich, für verrückt erklärt worden waren, die es aber doch nicht sind, denn wie schon Liszt, so brachte auch v. Bülow diese Tonerschöpfungen des großen Meisters zum Verständniß. Zwei Stunden lang saß das Publicum dicht gedrängt und lauschte athemlos und andachtsvoll den wunderbaren Tönen, die der Künstler aus den Notenheften Beethovens las. Im zweiten Concerte spielte Hanns v. Bülow nur Compositionen Liszts. Einen ganzen Abend nur Werke von Liszt anzuhören, das ist immer Aufgabe, denn der Abbe der Musik ist nicht immer klar und verständlich, und wenn das Publicum gleichwohl aushielt, so war dies die Macht des Vortrages, denn Bülow spielte mit bewundernswerter Ausdauer und unfehlbarer Technik.

Vorigen Sonntag gaben die Philharmoniker unter Hanns Richters Leitung ein Concert zum Besten des „Deutschen Schulvereins“, in dem auch Hanns v. Bülow mitwirkte. Das Hauptwerk, das zur Aufführung gebracht wurde, war eine große Symphonie des genialen, aber etwas unklaren Bruckner. Neben Stellen von wahrhaft Beethoven'schem Geiste und unleugbarer Schönheit gibt es viel wüßtes, verworrenes Zeug. Könnte man in einer Partitur wie in einem Libretto mit der Rothschweif wüthen, die Symphonie, die ohne dies zu lang ist, ließe sich nur zu ihrem Vortheil kürzen. Dazu aber läßt sich Bruckner nicht herbei, er läßt sich keine Note wegstreichen. Der äußere Erfolg der Symphonie war ein brillanter, das Publicum spendete rauschenden Beifall. Der mag den Componisten trösten, wenn die Kritik minder beifallslustig ist.

R e w i t z.

Das parlamentarische Barometer der „Neuen freien Presse“, das noch vor wenigen Tagen einen förmlichen Arbeitssturm im Abgeordnetenhaus signalisiert hatte, hat sich plötzlich geändert und prognostiziert zur Abwechslung wieder einmal eine legislative Windstille. Das genannte Blatt schreibt nämlich: „Der Arbeits-Enthusiasmus, welcher sich einen Augenblick lang der Regierung und ihrer Parlamentsmajorität bemächtigt hat, scheint schon wieder verflüchtigt zu sein. Das neueste Arbeitsprogramm, das heute von dieser Seite ausgegeben wurde, stellt sich in sehr bescheidener Form dar.“ — Eigenthümlicherweise bewegen sich die denselben Gegenstand betreffenden, am selben Tage vorgebrachten Klagen eines zweiten Organes der Linken, der „Deutschen Zeitung“, in nahezu entgegengesetzter Richtung. Letztere schreibt nämlich: „Es ist sehr fraglich, ob selbst bei aller Bereitwilligkeit der Rechten, die Linke so wenig als möglich zum Worte kommen zu lassen, der Schluss der Reichsraths-sesssion noch vor Ostern möglich wäre. Der Budget-debatte soll die Votierung des Gesetzes über die Grundsteuer-Hauptsumme und — wie es heißt — auch über die Gebäudesteuer, die vom Steueraussschusse heute vollständig erledigt wurde, vorangehen. In diesem Falle ist an den Beginn der Budgetdebatte vor Mitte März nicht zu denken. Glaubt man aber von dieser Zeit ab bis zum 10. April in beiden Häusern die Verhandlung über das Budget und überdies noch im Herrenhause die Beratung über die Grundsteuer-Hauptsumme und über die Gebäudesteuer durchzuführen zu können? Die Rechte muß bedenken, dass sie zwar im Abgeordnetenhaus über die Verfassungspartei die Mundperre verhängen kann, aber nicht auch im Herrenhause.“ — Es wäre nun interessant, zu erfahren, wie es eigentlich anzustellen wäre, um es den oppositionellen Organen recht zu thun, von denen das eine über die Langsamkeit, das andere über die allzu große Hast der Abgeordnetenhaus-Majorität bezüglich des noch zu bewältigenden Arbeitsprogrammes Beschwerde führt.

Das Vorgehen der Opposition in der Grundsteuerfrage findet auch in der auswärtigen Presse nur geringe Billigung. Namentlich wird die Art und Weise, wie der Abgeordnete Neuwirth seinen Beratungsantrag begründete, rückhaltlos getadelt. Der Wiener Correspondent der „N. Preuss. Zeitung“ bezeichnet die Ausfälle, welche sich der genannte Abgeordnete bei jener Gelegenheit gegen Se. Excellenz den Herrn Finanzminister erlaubte, ausdrücklich als „sehr unpassend“.

Vom Ausland.

Der „Pol. Corr.“ schreibt man aus Konstantinopel unterm 18. d. M.: Der österreichisch-ungarische Botschafter, Baron Calice, wurde diese Woche vom Sultan zum Diner geladen und mit der größten Auszeichnung empfangen. Wie in diplomatischen Kreisen erzählt wird, führte der Sultan selbst den Botschafter in den neu erbauten Riost und bemerkte, es freue ihn herzlich, dass Baron Calice der erste Botschafter sei, welcher dieses Gebäude betreue. Mit Wärme soll der Sultan im Verlaufe des Gesprächs dem Gefühl des Dankes für Oesterreich-Ungarn und die übrigen europäischen Mächte Ausdruck gegeben haben, welche sich für das Zustandekommen der jetzigen Pourparlers bemüht hätten. Es heißt ferner, Abdul Hamid habe versichert, er werde als Sultan sein Aeußerstes thun, um der griechischen Angelegenheit gerecht zu werden, er könne jedoch als Khalif nicht immer das thun, was er als Sultan gern thun möchte. Der Sultan soll auch lebhaft bedauert haben, dass Kronprinz Rudolf nicht auch Konstantinopel besuche, weil der Oberstkämmerer auf seinen speciellen Auftrag bereits alle Anordnungen für einen würdigen Empfang desselben getroffen hätte.

Wie der „Pol. Corr.“ von ebendort unter dem 23. d. M. gemeldet wird, hat am 21. d. M. auf der Pforte ein außerordentlicher Ministerrath stattgefunden, welcher sich mit den von den Botschaftern überreichten Noten beschäftigte. Tags darauf fand unter Vorsitz des Sultans ein großer Ministerrath statt, welcher die gleiche Angelegenheit zum Gegenstand hatte. Man glaubt, dass noch einige Tage verstreichen werden, bevor die Pforte bezüglich der den Botschaftern zu ertheilenden Antwort schlüssig werden wird. Das türkische Kriegsministerium hat in den letzten Tagen in den Vereinigten Staaten eine Bestellung von 30 Millionen Patronen, die in drei Monaten zu liefern sind, gemacht.

Ueber den Stand der Ministerkrise in Preußen vernimmt die „National-Zeitung“ vom 23. d. Mts., übereinstimmend mit anderweitigen Mittheilungen, dass bis 22. d. abends noch keine definitive Entscheidungen getroffen waren. Graf Eulenburg hält sein Demissionsgesuch aufrecht und wird aller Wahrscheinlichkeit nach dasselbe nicht zurücknehmen. Graf Eulenburg hatte beim Kaiser am 22. d. eine Audienz, zu welcher er durch den Chef des kaiserlichen Civilcabinetts, Wilmoysky, berufen wurde. Der Kronprinz hat in der Angelegenheit nicht einen einzigen Schritt gethan und steht derselben vollständig fern.

Ueber die Friedensunterhandlungen mit den Boers erfahren die „Times“ Folgendes: „Durch den Präsidenten Brandt vom Oranje-Freistaate machte die provisorische Regierung der Boers Sir George Colley Anträge. Dieselben waren etwas zweideutig in ihrer Sprache, aber giengen anscheinend dahin, dass die britischen Truppen Transvaal räumen und dass Commissäre zur Regelung der künftigen Beziehungen mit uns ernannt werden sollten. Darauf hat Sir George Colley in Gemäßheit von Instructionen aus England erwidert, dass, wenn die Garnisonen in Transvaal unbehelligt gelassen werden und ihnen gestattet werde, ohne Beschränkung Zufuhren zu erlangen, und wenn die feindseligen Operationen gegen uns von den Boers eingestellt werden, wir einwilligen würden, Commissäre zu ernennen. Auf Sir George Colleys Eröffnungen ist noch keine endgiltige Antwort eingelaufen.“

Die „Agence Russe“ hebt hervor, dass chauvinistische russische und englische Blätter eine Parallele zwischen Meru und Kambahar ziehen, und erklärt, das kaiserliche Cabinet bekenne sich zur Theorie der vollständigen Freiheit beider Reiche in Asien, unter Beobachtung gegenseitiger Rücksichtnahme, ihren eigenen Interessen entsprechend zu handeln.

In Washington traten am 22. d. M. dreißig demokratische Congressmitglieder zusammen, um eine Vereinigung zu organisieren, welche sich die Aufgabe stellt, eine lebhaftere Agitation zugunsten des Freihandels in allen Ländern zu unterhalten. Cox (New-York) wurde zum Präsidenten gewählt. Andere einflussreiche Theilnehmer der Versammlung wurden zu Vicepräsidenten und Directoren ernannt. Die Redner constatirten die Absicht, die Freihandelsfrage zum Hauptziel der Politik der demokratischen Partei und zu einer nationalen Frage bei der Präsidentenwahl von 1884 zu machen.

Tagesneuigkeiten.

— (Der Kronprinz in Egypten.) Se. k. k. Hoheit unser durchlauchtigster Kronprinz wird sich, wie ägyptische Blätter berichten, nach seiner Rückkehr von Oberegypten per Eisenbahn nach Fayum, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz Mitlegyptens begeben, um dort auf den Besitzungen des deutschen Generalconsuls v. Saurma auf Wölfe, Füchse u. s. w. zu jagen. Der Aufenthalt in Fayum ist auf drei Tage berechnet. Von dort erfolgt die Rückkehr nach Kairo, von wo der Kronprinz dann mittelst Bahn nach Suez abreisen wird. Hier erfolgt die Einschiffung auf der viceköniglichen Yacht „Machrusa“, auf welcher der Kronprinz den ganzen Suezkanal bis Port-Said hinauf befahren wird. In Ismailing, das in der Mitte des Kanals liegt, wird der Kronprinz neuerdings der Gast des Khedive, der dort einen Palast besitzt, sein. In Port-Said wird Se. k. k. Hoheit wieder die „Miramare“ besteigen, um nach dem an der Mündung eines Nilarmes gelegenen Damiette zu gehen, in dessen Umgegend wieder durch mehrere Tage gejagt werden soll. Hier wird sich der Kronprinz dann vom österreichischen Consularcorps in Egypten und von seinem ägyptischen Gefolge verabschieden und sich nach Jaffa einschiffen.

— (Das Hochzeitsgeschenk der preussischen Städte.) Aus Anlass der bevorstehenden Vermählung des ältesten Sohnes des deutschen Kronprinzen, Prinzen Wilhelm, mit der Prinzessin Augusta Victoria haben sich die Vertretungen von 96 Städten der preussischen Monarchie vereinigt, um dem Brautpaare ein Hochzeitsgeschenk darzubringen, welches als Beweis der Leistungsfähigkeit des heimischen Kunstgewerbes nur von preussischen Künstlern und Industriellen ausgeführt werden soll. Die Entwürfe und Modelle zu diesem großartigen Werke rühren von dem Berliner Oberbaurath Heyden her. Das ganze Geschenk wird aus 27 Prachtgeräthen von Gold und Silber, einem Krystall- und einem Porzellanervice und 550 silbernen Tellern bestehen. Zur Deckung der Kosten sind 400,000 Mark aufgebracht worden. Das Hauptobject des Gesentes ist ein Tafelaufsatz, der ein Schiff von 136 Meter Länge und 60 Centimeter Breite darstellt, welches in einem mit wirklichem Wasser gefüllten Bassin schwimmt. Am Steuer dieses Schiffes ist Prinz Wilhelm sitzend dargestellt, seine Braut ihm zur Seite, während sich über der Mitte des Schiffes die Gestalt der Fortuna erhebt. Rings um das Schiff werden sich allegorische Darstellungen der vier Hauptflüsse Preußens: der Weichsel, Elbe, Oder und des Rheins, gruppieren, während fünf Candelaber dazu bestimmt sind, 250 Kerzen zur Beleuchtung der Tafel zu tragen. Vorläufig sind diese Objecte allerdings erst im Modell fertig, und es werden auch am 1. März nur die Modelle durch die Deputation der Städte überreicht werden, während die Ausführung noch mindestens fünf bis sechs Monate in Anspruch nehmen wird.

— (Furchtbarer Orcan.) In Paris eingetroffene Nachrichten aus den Réunion-Inseln bringen jammervolle Kunde von den Wirkungen eines Orcans, der am 21. Jänner über die Inseln hinfuhr. In drei Stunden hatte die Zerstörung überall ihr Werk gelhan. In St. Denis ist die Kathedrale, das Lycäum, ein Waisenhaus, eine Brücke schwer beschädigt, der Markt,

das Museum, ein ganzes feineres Viertel zu Boden geworfen, der Justizpalast war mit Wasser angefüllt, das durch das Dach einbrang. Andere Ortschaften wurden nicht minder schwer mitgenommen, Kirchen und Rathhäuser weggeschwemmt, Zuckerfabriken vom Grund aus vernichtet, das Hospital von St. Marie entzweitgespalten, die Kaserne von St. Pierre unter donnerähnlichem Getöse zertrümmert. Von den Hütten und hölzernen Gebäuden bleibt gar nichts mehr übrig, und die Bevölkerung ist infolge dieses Naturereignisses mit bitterem Elend bedroht, wenn nicht aus dem Mutterlande Hilfe kommt. Die Vertreter der Colonie im Senat und Abgeordnetenhaus, die Herren Basserre und de Mahy, veranstalten eine Subscription und suchen ein großes Fest, ähnlich dem, welches für die spanischen Ueberchwemmtungen gegeben wurde, ins Leben zu rufen.

— (Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika) besteht nach der neuesten Volkszählung aus 25,520,582 männlichen und 24,632,284 weiblichen Personen. Hiervon waren 43 Millionen 475,506 Eingeborne und 6,677,360 im Auslande geborne. Die Anzahl der Weißen beträgt 43 Millionen 404,877, die der Farbigen 6,577,151; die verbleibenden 170,838 bestehen aus Indianern, die keinen Stammverbindungen angehören und unter der Obhut der Regierung stehen, sowie aus Chinesen und anderen Asiaten. Die Gesamtzahl der Chinesen wird auf 105,363 geschätzt. Seit der letzten Volkszählung hat sowohl das Verhältnis der Farbigen zu den Weißen, wie das der männlichen Bevölkerung gegenüber der weiblichen um ein Geringes zugenommen, wogegen das Verhältnis der Ausländer etwas abgenommen hat.

Locales.

Praktischer Wein- und Obstbau in Slap.

Damit sich die verbesserte Wein- und Obstzucht, wie dieselbe auf dem zur krainischen Landes-Wein- und Obstbauschule in Slap gehörigen Besitze mit bestem Erfolge eingeführt ist und im Wippacher Thale bereits allgemeine Nachahmung findet, thunlichst rasch auch in den übrigen Wein- und Obstgegenden unseres engeren Heimatlandes ausbreite, hat der krainische Landesaussschuß mit Erledigung vom 21. Februar d. J., Z. 931, an der Landes-Wein- und Obstbauschule in Slap die Abhaltung eines am 11. März d. J. zu eröffnenden 14tägigen praktischen Lehrcurses über Wein- und Obstbau für erwachsene Wein- und Obstzüchter, insbesondere für die sogenannten Winger der größeren Weinbaubesitzungen Unterkrains bewilligt.

Der Unterricht wird ein vollkommen praktischer sein und werden mit demselben auch Unterweisungen in den auszuführenden Arbeiten verbunden sein. Die Bequartierung der sich meldenden Frequentanten sowie auch der Unterricht selbst erfolgen ganz unentgeltlich, dagegen hat jeder Frequentant für die Verpflegung pro Tag 33 kr. zu entrichten und außerdem eine Beutloze und zwei Leintücher mitzubringen. Anmeldungen zur Theilnahme an diesem Unterrichte wollen sobald als möglich, längstens aber bis 6. März l. J., bei der gefertigten Direction erstattet werden. — Im Monate September d. J. folgt sodann ein zweiter, gleichfalls unentgeltlicher Lehrcurs über Kellerwirtschaft. Direction der Landes-Wein- und Obstbauschule in Slap bei Wppach, 24. Februar 1881.

— (Schadloshaltung der Beneficiaten.) Anlässlich eines speciellen Falles hat das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht an die k. k. Landesregierung für Krain eröffnet, dass im Sinne der bestehenden Normen die Schadloshaltung der Beneficiaten aus dem Religionsfonde rüchlich der die normalmäßige Congrua schmälern den l. f. Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben nur dann platzgreifen kann, wenn die bezügliche Vorschreibung den bestehenden Gesetzen entspricht. Sollte in dieser Beziehung ein Versehen unterlaufen sein, so ist es Sache der Beneficiaten, die Richtigstellung der Vorschreibung im administrativen Instanzenzuge zu bewirken. Ist jedoch von den hiefür offen stehenden Rechtsmitteln nicht rechtzeitig Gebrauch gemacht worden und hiedurch eine ungebührliche Vorschreibung in Rechtskraft erwachsen, so hat die bezügliche Zahlung ohne Schadloshaltung aus dem Religionsfonde lediglich dem in Verschulden befindlichen Beneficiaten zur Last zu fallen.

— (Aus der Handelskammer-Sitzung.) Die krainische Handels- und Gewerbekammer genehmigte in ihrer gestern abends abgehaltenen Sitzung die Rechnungen über die Kammereinnahmen und Ausgaben im Jahre 1880, über den Pensionsfond ihrer Beamten und Diener sowie über den Gremial-Handelschulfond. Weiter beschloß sie, in ihrer Aeußerung über das neue Musterchutzgesetz sich für die Guttheilung desselben auszusprechen, und in jener über den Entwurf eines neuen Markenchutzgesetzes sich für die Errichtung eines Centralamtes zu verwenden, welches das Recht der Vorprüfung der neu angemeldeten Marken hätte, die definitiv erst in einer bestimmten Zeit nach einer vorher erfolgten Veröffentlichung derselben zu registrieren wären. Im Berichte wäre zu betonen, dass die Eingriffe in das

